

An den
Innen- und Rechtsausschuss des
Schleswig-Holsteinischen Landtags

Der Leiter

per E-Mail an:

Wall 55 (Sell-Speicher)
24103 Kiel
Tel.: 04 31 / 9 74 41 – 0
Fax: 04 31 / 9 74 41 – 23
www.vdek.com

innenausschuss@landtag.ltsh.de

Ansprechpartner:
Florian Unger
Durchwahl: –16, Fax: –23
florian.unger@vdek.com

24. Februar 2017

**Schriftliche Anhörung zum Antrag "Digitale Agenda für Schleswig-Holstein"
(Drucksachen 18/4850 und 18/4883 sowie Unterrichtung 18/258)**

Sehr geehrte Frau Schönfelder,
sehr geehrte Frau Ostmeier,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

vielen Dank für die Möglichkeit, im Rahmen der schriftlichen Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses zur Digitalen Agenda für Schleswig-Holstein eine Stellungnahme abzugeben. Diese Gelegenheit nimmt die vdek-Landesvertretung gerne wahr.

Die Digitalisierung berührt alle Lebensbereiche – und damit auch das Tätigkeitsfeld der Ersatzkassen: die Gesundheitsversorgung. Eine zeitgemäße – bzw. zukunftsfähige! – Infrastruktur ist zwingend notwendig. Wer keinen Zugang zum Breitbandnetz hat, wird abgehängt. Deshalb gehört die flächendeckende Bereitstellung von Breitbandanschlüssen aus unserer Sicht im Deutschland des 21. Jahrhunderts zur Daseinsvorsorge – und damit in die Verantwortung des Staates. Die Bedeutung der digitalen Infrastruktur hat die Landesregierung erkannt und in der Digitalen Agenda entsprechend prominent platziert. Das ist ausdrücklich zu begrüßen.

Eine flächendeckende und funktionierende Breitbandinfrastruktur ist nicht nur Voraussetzung für das Funktionieren von E-Health-Angeboten und telemedizinischen Anwendungen, sondern auch dafür, dass potenzielle Anbieter und Nutzer dieser Angebote sich überhaupt außerhalb der Ballungsräume niederlassen bzw. dort bleiben.

Ärzte und Praxen im ländlichen Raum benötigen eine schnelle Datenanbindung – und ebenso wird zumindest mittelfristig auch das Personal, das in den Praxen und Krankenhäusern arbeiten soll, nicht mehr dort hinziehen oder dort wohnen bleiben, wenn Infrastruktur und Lebensqualität für die gesamte Familie nicht stimmen. Und dazu gehört schon heute ein vernünftiger Internetzugang. Dieser schon jetzt bestehende (und sich künftig noch verstärkende) Fachkräftemangel im Gesundheitswesen ist neben der älter werdenden Gesellschaft und dem Trend zur Urbanisierung ein weiterer Aspekt der demografischen Entwicklung.

Strukturell sind sowohl der ländliche Raum als auch das Gesundheitswesen von der demografischen Entwicklung stärker betroffen als die Gesamtgesellschaft. Das Durchschnittsalter (und damit auch die Nachfrage nach medizinischen Leitungen) steigt auf dem Land stärker und gleichzeitig schrumpft die Bevölkerung in den (meisten) ländlichen Regionen schneller als im Durchschnitt. Eine mittelbare Folge davon sind längere Wege zum (Fach-)Arzt oder zum nächstgelegenen geeigneten Krankenhaus. Gerade hier liegt durch die Ortsunabhängigkeit bzw. die problemlose Überbrückung großer Entfernungen ein großes Potenzial für telemedizinische Anwendungen wie beispielsweise Online-Video-Sprechstunden, Telemonitoring von Vitalfunktionen bei bestimmten Erkrankungen oder Telekonsile zwischen Ärzten. Das ist insbesondere für die Menschen auf den Inseln und Halligen eine interessante Perspektive. Diese Angebote sollen und können den persönlichen Arzt-Patient-Kontakt nicht ersetzen, aber sie können ihn sinnvoll ergänzen. Sie können dem Patienten ein besseres Sicherheitsgefühl geben und gleichzeitig dazu beitragen, dass die kostbare Ressource „Arztzeit“ effektiver eingesetzt wird.

Darüber hinaus gibt es mittlerweile zahlreiche Gesundheits-Apps. Diese sind bislang keine Regelleistung der gesetzlichen Krankenversicherung, sondern mal Angebote einzelner Krankenkassen und/oder Leistungserbringer, manchmal aber auch rein kommerzielle Angebote. Eine repräsentative Befragung des Digitalverbandes BITKOM aus dem Jahr 2015 hat ergeben, dass sich mehr als jeder dritte Smartphone-Nutzer (37 Prozent der Befragten) vorstellen kann, wichtige Gesundheitsdaten an seine Krankenkasse übermitteln zu lassen. Bei den Befragten ab 65 Jahren ist es sogar fast die Hälfte (47 Prozent). Viele ältere Menschen sehen in dieser Datensammlung und -übermittlung eine Chance, dass ihnen besser und schneller geholfen werden kann – und das nicht nur im Notfall. So sollten aus Sicht der Versicherten zum Beispiel Medikamentenunverträglichkeiten, eingebaute Implantate bzw. Prothesen, chronische Erkrankungen oder eine Übersicht über aktuell eingenommene Medikamente auf der elektronischen Gesundheitskarte gespeichert werden.

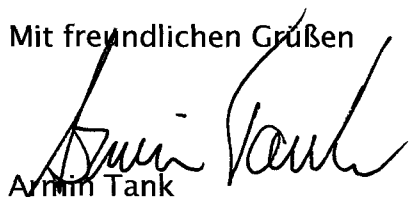
Während für den Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung bekanntlich strenge Datenschutzregeln u.a. bezüglich des Zugangs zu Daten, deren Anonymisierung oder der verschlüsselten Kommunikation gelten, ist in der schnell wachsenden und für viele Nutzer auch unübersichtlichen Landschaft kommerzieller Gesundheits- und Fitness-Apps oft ein ziemlich sorgloser Umgang der Nutzer mit sensiblen persönlichen Daten zu beobachten. Hier sehen wir die Notwendigkeit für klare Regelungen zum Schutz

der persönlichen Daten. Mit dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz (ULD) haben wir in Schleswig-Holstein eine über die Landesgrenzen hinaus anerkannte Institution, die unbedingt frühzeitig in diese Prozesse eingebunden werden muss.

Die von der Landesregierung in der Digitalen Agenda erwähnte Vorreiterrolle Schleswig-Holsteins in der IT-gestützten Versorgung sehen wir so bislang leider nicht und auch die Darstellung der Erfolge des Schleswig-Holstein Fonds im Bereich von E-Health und Telemedizin erscheint uns zu positiv. Da ist noch viel Luft nach oben.

Die Ersatzkassen in Schleswig-Holstein werden ihren Teil dazu beitragen, sinnvolle Innovationen im Bereich von E-Health und Telemedizin voranzubringen, um die flächendeckende medizinische Versorgung der Menschen in Schleswig-Holstein sicherzustellen und zu verbessern. Vielleicht schaffen wir es auch irgendwann, tatsächlich die oben erwähnte Vorreiterrolle zu übernehmen. Das ist ein Ziel, für das es sich gemeinsam zu arbeiten lohnt!

Mit freundlichen Grüßen



Armin Tank

Leiter der vdek-Landesvertretung Schleswig-Holstein